

Die Koalitions- frage vor der Bundestagswahl



Setzte die Hessen-Wahl einen Trend für die Bundestagswahl im Herbst?

Das hessische Wahlergebnis vom 18. Januar 2009 schien für die kommende Bundestagswahl einen Trend zu setzen: Union und FDP bekommen eine Mehrheit, die Große Koalition in Berlin wird beendet und Schwarz-Gelb wird das Land durch die Krise führen. Angela Merkel bleibt Kanzlerin.

Schon nach der Landtagswahl in Bayern 2008, als die bayerische Union ihre absolute Mehrheit →



verloren hatte und eine Koalition mit der FDP eingehen musste, sprach die CSU von der bürgerlichen Mehrheit. Wie später in Hessen konnte die CSU die Regierung weiterführen, weil ihre Stimmenverluste der FDP und den Freien Wählern zugute kamen und die Liberalen mit einer klaren Koalitionsaussage für die CSU in den Wahlkampf gegangen waren. Nach dem Lehrstück über den Wortbruch der hessischen SPD wird die Frage der Glaubwürdigkeit der Wahlversprechen von den Parteien im Bundestagswahlkampf eine große Rolle spielen.

Da keine der beiden Volksparteien mit einer überzeugenden Mehrheit jenseits der 40 Prozent rechnen kann, ist die Koalitionsfrage für die Wahlentscheidung vieler Bürger von ausschlaggebender Bedeutung.

Ein genauerer Blick auf das hessische Ergebnis zeigt: Wie in Bayern hat die FDP der Union das Weiterregieren ermöglicht, nicht zuletzt weil knapp 100.000 potentielle Unionswähler für die Liberalen gestimmt haben. Beide Volksparteien verloren Anhänger an die Liberalen, die CDU verlor dramatisch, aber auch von der SPD



Prof. Dr. Manfred Wilke
Historiker, ehemaliger Leiter
Forschungsverbund SED
an der FU Berlin

Die Glaubwürdigkeit der Wahlversprechen wird eine große Rolle spielen.

wanderten mit 31.000 mehr Wähler zur FDP als zur Linken (8.000), 122.000 ehemalige SPD-Wähler stimmten diesmal für die Grünen.

Roland Koch verfügt mit der FDP über eine Mehrheit von 66 Manda-

ten, aber eine Ampel-Koalition hätte die gleiche Anzahl an Sitzen. Nur in einem Punkt entschieden die hessischen Wähler eindeutig: Rot-Rot-Grün verfügt nur über 52 Mandate und damit über keine Mehrheit für eine Linksregierung. Hatte die gestärkte FDP in Bayern zur Koalition mit der CSU keine wirkliche Alternative, so wäre rechnerisch in Hessen auch eine Ampel möglich gewesen.

Das Lob des CDU-Generalsekretärs Roland Pofalla für die hessische FDP war aus seiner Sicht sehr ver-

ständlich: 2008 habe die FDP „der Versuchung einer Ampel-Regierung unter Frau Ypsilanti widerstanden“ und sich in „Hessen sehr zuverlässig positioniert“. Als die FAZ nachfragte, ob dies auch für Herrn Westerwelle im Bund gelte, antwortete Pofalla optimistisch, dass er davon ausgehe, „dass die FDP eine Koalitionsaussage zu Gunsten der Union macht. In der

CDU ist es klar, dass wir ein schwarz-gelbes Bündnis anstreben.“ Mit dieser Äußerung unterstrich Pofalla, wie entscheidend die Koalitionsaussage der FDP für den Wahlerfolg eines von der CDU/CSU geführten bürgerlichen Lagers im Herbst sein wird. Die hohe Zahl der Wechselwähler zur FDP löste in der CDU aber auch Besorgnis aus. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger, sprach diese Bedenken an. Er verlangte von der CDU, den zur FDP neigenden Wechselwählern ein klares programmatisches Angebot zu machen, in dem sie das „marktwirtschaftliche Profil deutlich stärke“.

Auch die SPD zog aus der Wahlentscheidung in Hessen ihre Schlüsse. Nach dem Scheitern des rot-rot-grünen Projektes von Andrea Ypsilanti bekräftigten die Landesvorsitzenden der SPD im November 2008, auf Landesebene werde die SPD weiterhin Bündnisse mit der Linken anstreben. Eine solche Option wollten in Hessen aber nur 30 Prozent der Wähler. Die





Wählerwanderung zur FDP und zu den Grünen zeigte der SPD, dass sie gegen die Union bei den Wählern nur eine Chance haben wird, wenn sie im Bundestagswahlkampf auf eine Ampel setzt. Der Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sandte unmittelbar nach der Hessenwahl entsprechende Signale an die FDP. Im Berliner Tagesspiegel betonte er die Ziele seiner Partei. Priorität habe vor allem eine starke SPD, „dann wird sich ganz sicher ein Koalitionspartner einstellen. Die FDP wird die Dinge sehr nüchtern betrachten.“

Peer Steinbrück, der Finanzminister der Großen Koalition, kommt der FDP inhaltlich entgegen, er greift das zentrale Wahlkampfthema der Liberalen, die große Steuerreform, auf und kündigte an, die SPD werde eine sozial gerechte Steuerreform vorlegen, die unteren Einkommen würden entlastet und die Wohlhabenden belastet.

Ein Wahlergebnis, bei dem die SPD deutlich vor der Union liegt, scheint derzeit unwahrscheinlich, aber eine

Verringerung des Abstandes zur Union ist realistisch. Um die Koalitionsfähigkeit für die FDP zu erhalten, verbietet sich für die SPD ein Lagerwahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien. Eine FDP im Aufwind auf Kosten der Union könnte dazu führen, dass Schwarz-Gelb wie schon 2005 keine Mehrheit haben wird. Erst in diesem Fall gibt es einen Zwang, in dem Fünf-Parteien-System Dreier-Koalitionen zu bilden oder erneut die Große Koalition fortzuführen, um das Land zu regieren.

Die Schwächung der Union im „bürgerlichen Lager“ erfolgte in Hessen über die Abwanderung von Unionswählern zur FDP. Im Kalkül der SPD ist dieser Wechsel von Unionswählern zur FDP ein erwünschter Vorgang, um die CDU in der Wählergunst zu schwächen. In der Konkurrenz zwischen Union und SPD geht es um die Kanzlerfrage. Eine Union, die selbst mit einer gestärkten FDP über keine

parlamentarische Mehrheit verfügt, ist eine Konstellation, in der die FDP über eine Ampel oder die CDU über eine Große Koalition nachdenken muss. In beiden Fällen würde die SPD mitregieren, ein Ziel, das die SPD auf jeden Fall erreichen will. Sollte der Fall am Wahlabend eintreten, dass Union und FDP keine eigene Mehrheit haben, ist der Kanzlerkandidat Steinmeier mit Blick auf die FDP hoffnungsvoll: „Ich glaube, dass Guido Westerwelle nach elf Jahren Opposition wieder Lust auf Gestaltung hat. Er ist klug und erfahren genug, um keine Ausschlussklauseln festzulegen“, also keine klare Koalitionsaussage für die Union zu treffen, wie Pöfalla es sich wünscht.

Die FDP befindet sich jedoch nicht mehr allein in der Rolle des Züngleins an der Waage. Diesen Platz machen ihr die Grünen streitig. Dies lernte die FDP schmerzhaft nach der Hessenwahl. Die Große Koalition hatte ihre Mehrheit im Bundesrat verloren und die FDP freute sich kurzzeitig, im Bundesrat über das Konjunkturprogramm II nachverhandeln zu können. Die Grünen, die in Bremen mit der SPD und in Hamburg mit der CDU regieren, durchkreuzten dieses Vorhaben und sicherten der Großen Koalition die Mehrheit im Bundesrat.

Auch die Grünen zogen aus der Hessenwahl eine Lehre: Sie verzichteten bereits im Januar auf eine Koali-

Vor der Bundestagswahl sind die beiden Volksparteien in vergleichbarer Lage.

tionsaussage zu Gunsten der SPD in Wiesbaden und wurden durch die Stimmengewinne auf Kosten der SPD belohnt. In dem Vorgehen der hessischen Grünen wird eine Dimension im Verhalten der Parteien deutlich, die in dem neuen Fünf-Parteien-System eine besonders große Bedeutung bekommen wird: die Selbstbehauptung als Partei. Es ist kein Wunder, dass dies bei den Grünen so deutlich hervortritt. Ihre Wunschkoalition mit



der SPD hat derzeit keine Mehrheit. Ihre Priorität besteht darin, ihren Platz im Parteiensystem zu sichern, deshalb betonen sie ihre programmatischen Alleinstellungsmerkmale, wie Ökologie und aktuell ihren deutschen Sonderweg in der Welt: den grünen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Frage ihrer Regierungsbeteiligung lassen sie offen.

Die Bedingungen eines Fünf-Parteien-Systems mit seinen fragilen Mehrheiten wirken sich bei dieser Partei besonders aus. Auch die Grünen können keinen Lagerwahlkampf führen und schließen Koalitionen mit der

Die Wähler wollen eine Regierung, die das Land aus der Krise führt.

CDU nicht mehr prinzipiell aus. Allerdings steht zwischen beiden Parteien ein unversöhnlicher Streitpunkt: Das ist der Ausstieg aus der Kernenergie.

Bleibt als Möglichkeit die Fortsetzung der Großen Koalition. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering erklärte, die SPD strebe zwar im Herbst eine solche Koalition nicht an, wolle sie aber auch nicht ausschließen. Da die Linkspartei auf Bundesebene eine „nationale soziale Politik“ vertritt, eine besonders bemerkenswerte Stigmatisierung des Populismus die-

ser Partei, könne die SPD mit ihr nicht zusammenarbeiten. In der Abgrenzung wird deutlich, dass der SPD-Vorsitzende anerkennt, dass sich die Linkspartei im Parteiensystem der Bundesrepublik dauerhaft etabliert hat. Münteferings Giftpfeil saß. Lothar Bisky, Chef der Linkspartei, antwortete postwendend im Berliner Tagesspiegel: „Das ist eine Entgleisung. Ich hätte Franz Müntefering nie zuge-
traut, so tief zu sinken. Das war unter der Gürtellinie.“

Die Abgrenzung zur Linken ist im Bundestagswahlkampf für die SPD notwendig, um die Option für eine Ampel offenzuhalten. Auch dies ist eine Lehre aus den hessischen Wahlen, je näher die SPD der Linken kam, umso fester das Bündnis zwischen FDP und Union. Lässt man aber die Abgrenzungserklärungen der SPD zur PDS und der Linkspartei seit 1992 Revue passieren, so war bisher jede Abgrenzung die Ankündigung der nächsten Zusammenarbeit.

Angesichts der Kräfteverhältnisse im Fünf-Parteien-System sind zwar Zwei-Parteien-Koalitionen nach wie vor möglich, aber nicht sicher. Hessen setzte keinen Trend, vor allem deshalb, weil sich im Herbst die Auswir-

kungen der Wirtschaftskrise in Gestalt steigender Arbeitslosenzahlen deutlich zeigen werden und im Frühjahr 2009 niemand voraussagen kann, welches politische Klima den Wahlkampf prägen und welche Partei davon profitieren wird.

Die Alternative denken

Vor der Bundestagswahl sind die beiden Volksparteien in vergleichbarer Lage: Ihre Wahlergebnisse bewegen sich tendenziell im 30-Prozent-Bereich, die SPD lag zu Beginn des Jahres in den Umfragen sogar unter dieser Marke. Der Zuspruch zu den drei anderen Parteien wächst dagegen an, aber auch das Lager der Nichtwähler wird von Jahr zu Jahr größer. Die Abkehr von der Wahlbeteiligung signalisiert einen schleichenden Prozess des Rückzugs von immer mehr Wählern aus ihrer Verantwortung für diese Republik. Die abnehmende Bindfähigkeit der Volksparteien wird somit zum zentralen Problem für die Bildung stabiler Regierungen in der Zukunft.

Gleichwohl benötigen die drei kleineren Parteien eine der beiden Volksparteien für ihre Regierungsfähigkeit; das ist das Dilemma des neuen Parteiensystems. Im Unterschied zur Union, die Koalitionen mit der Linkspartei ausschließt, sind SPD,

aber auch die Grünen prinzipiell dazu bereit. Es ist also geboten, die Alternativen möglicher Regierungskoalitionen zu Schwarz-Gelb bereits für 2009 zu Ende zu denken. Zu ihnen gehört auch die in Hessen vom Wähler verworfene rot-rot-grüne Linksregierung.

Die Zukunft ist bekanntlich ungewiss, aber seit dem Orakel von Delphi versuchen Politiker oder Unternehmer sie zu ergründen, um das Risiko ihrer Entscheidungen zu minimieren. Werden vor der Wahl von den Parteien klare Koalitionsaussagen getroffen, so hat der Wähler wirklich die Wahl. Schwieriger wird die Sache, wenn die Parteien sich „Optionen“ offenhalten, um flexibel auf das Wahlergebnis reagieren zu können. Aber die Planung eines Koalitionswechsels und die Taktik seiner Umsetzung gehören zu den wirklichen Betriebsgeheimnissen in der Führung politischer Parteien. Verantwortliche Politiker werden sich hüten, darüber öffentlich zu sprechen, bevor die Würfel gefallen sind.

Hinzu kommt ein weiteres Argument, das für alle Parteien bei diesem Bundestagswahlkampf gilt: Die Wähler wollen eine handlungsfähige Regierung, die das Land sicher aus der Krise führt. Der Blick der Union muss nach vorn gerichtet und ihr Wahlprogramm muss von Zuversicht geprägt sein, dass Deutschland einen Weg aus der Krise finden wird. Das Land wird im Herbst die Parteien stärken, die in unsicheren Zeiten für Führungswillen und programmatische Klarheit stehen. Es ist die Aufgabe der Union, die Themen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ im Geist der Sozialen Marktwirtschaft miteinander zu verbinden und die Gefahren aufzuzeigen, die Deutschland drohen. Die Wähler erwarten in diesem Jahr eine klare Positionsbestimmung und keine Abgrenzungsgefechte zum politischen Gegner. Aber obwohl niemand einen Lagerwahlkampf führen will, müssen die vier Koalitionsalternativen miteinander verglichen werden.

Thema

Zum

+++

Thema

Zum

+++

Thema

Zum

+++

Thema

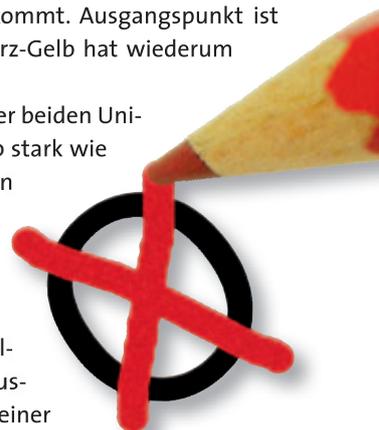
Zum

Die Chance der Union

In unserer Mediengesellschaft sind politische Journalisten auch dazu berufen, Alternativen zu durchdenken und zu beschreiben. Notwendig dazu sind Einblicke in die politische Mechanik, die Kenntnis der handelnden Personen, der Programmatik der Parteien und der Mut, die Drift einer sich anbahnenden Veränderung und ihre politischen Folgen nüchtern auf ihre Wahrscheinlichkeit zu prüfen. Hugo Müller-Vogg erfüllt alle diese Voraussetzungen. In einem fiktiven Drehbuch beschreibt er, wie es nach der Bundestagswahl 2009 zu einer Linksregierung kommt. Ausgangspunkt ist das Wahlergebnis vom 27. September: Schwarz-Gelb hat wiederum keine eigene Mehrheit.

Die oberste Priorität für den Wahlkampf der beiden Unionsparteien liegt auf der Hand, sie müssen so stark wie möglich werden, damit keine Regierung gegen die Union gebildet werden kann.

Bayern und Hessen zeigen, wie wichtig für die Wähler die Klarheit über die Koalitionsfrage ist. Für die Chancen der Union, eine bürgerliche, von ihr geführte Regierung zu bilden, ist die Koalitionsaussage der FDP von ausschlaggebender Bedeutung. Um die FDP zu einer solchen klaren Koalitionsaussage zu bewegen, ist es notwendig, die von Müller-Vogg aufgezeigte Alternative eines grundlegenden Politikwechsels in Deutschland ernst zu nehmen. Das ausschlaggebende Argument in Müller-Voggs Szenario ist der Partei egoismus der SPD. Das ist ein überzeugendes Motiv, denn sie ist in der Tat gezwungen, den Prozess der Erosion ihrer Anhänger und Wähler zu Gunsten der Grünen und der Linken zu stoppen. Ein Weg, um dieses Ziel zu erreichen, könnte eine von einem SPD-Kanzler geführte Links-Koalition sein. Eine solche Strategie der Integration gegenüber den Linken funktioniert in Berlin seit 2001. Die Linke selbst verfolgt dieses Ziel einer „Mitte-Links-Koalition“ hartnäckig, ist es doch für sie die einzige Möglichkeit zur Rückkehr – nimmt man 1989 und das Ende der SED-Diktatur als Zäsur – in Regierungsverantwortung. Die SPD kann also auf den Machtwillen und den Pragmatismus der Parteiführungen der Grünen und der Linken setzen. Diese alternative Koalitionsmöglichkeit im neuen deutschen Parteiensystem muss somit in die Debatte über die Bundestagswahl einbezogen werden. Da die SPD erkennbar auch eine Ampel-Koalition nicht ausschließt, zugleich aber die Fortsetzung der Großen Koalition nicht für unmöglich hält, wird sie keinen Lagerwahlkampf nach dem Motto führen: sozial-ökologischer Fortschritt contra neoliberale Konservative.



Dr. Hugo Müller-Vogg
**„Volksrepublik Deutschland –
 Drehbuch für die
 rot-rot-grüne Wende“**

Olzog-Verlag, 144 Seiten, 12,90 €. Ab sofort im Buchhandel.

Mehr zum Buch unter www.hugo-mueller-vogg.de.

